Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Morgen-Ausgabe

Bezugspreise: für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 2 mal täglich ins Haus gebracht: 60 Pf. monatlich, 1.80 Mk. vierteljährlich. Bei unseren Filialen und Annahmestellen abgeholt: 75 Pf. monatlich, 2.25 Mk. vierteljährlich. Durch die Post: innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.00 Mk., ausschließlich Postbestellgeld. Das Leipziger Tageblatt erscheint 2mal täglich, Sonn- u. Feiertags nur 1mal. Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694.

107. Jahrgang

Anzeigenpreise: für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 5spaltige Petitzeile 25 Pf., die Reklamezeile 1 Mk. von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 Mk. Inserate von Behörden im amtlichen Teil die Petitzeile 40 Pf. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschrift im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagegebühr: Gesamtauflage 5 Mk. pro Tausend exkl. Postgebühr. Teilbeilage höher. Anzeigen-Annahme: Johannisgasse 8, bei sämtlichen Filialen und allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes. Berliner Redaktion: In den Zelten 9. Fernsprech-Anschluß: Amt Moabit Nr. 447.

Nr. 218. Freitag, den 2. Mai. 1913.

Das Wichtigste.

* **Rußland hat an Oesterreich eine neue Mitteilung gemacht, daß es auf der Räumung Skutaris durch Montenegro besteht.** (S. bes. Art.)

* **Montenegro soll seinem Londoner Delegierten eine gemäßigtere Antwortnote auf die Forderungen der Großmächte erteilt haben.** (S. bes. Art.)

* Die amerikanische Regierung wird, nach einer Meldung des Reuterbureaus, heute die chinesische Republik anerkennen.

* Der Fußball-Städtewettkampf Leipzig—Magdeburg wurde in Leipzig von der hiesigen Mannschaft mit 3:2 gewonnen — während die andere Leipziger Städtemannschaft gegen die Hamburger Mannschaft mit 0:4 spielten. (S. Sport u. Spiel.)

* Im Prix Cadran (100 000 Fr.) in Paris Longchamps siegte Baron E. Rothschilds „Predicateur" unter O'Neill. (S. Sport.)

Was will eigentlich Oesterreich?

„Was macht es für Oesterreich aus, ob die Montenegriner das eroberte oder erhandelte Skutari behalten oder nicht? Mag Oesterreich doch das strebsame Völkchen mit Skutari glücklich werden lassen, und geraten die Montenegriner mit ihren Nachbarn, den Albanesen, in kürzester Frist eben dieser Stadt wegen aneinander, was schadet's? Es geht in einem Rausen hin. Oesterreich kann warten. Warum also Skutaris wegen die Gefahr eines großen europäischen Krieges heraufführen?"

Diese Meinung findet sich nicht nur in harmlosen „Biergesprächen". Es gibt auch „Orientpolitiker" von großem oder kleinem Ruf, die das Auftreten Oesterreichs für Unsinn oder gar für einen großen Fehler halten. Diese Ansicht ist auch gang und gäbe in der deutschen sozialdemokratischen Presse, die sich, wie das natürlich ist, durch die Auffassung der österreichischen Sozialdemokratie bestimmen läßt.

Was will Oesterreich? Der linksradikale Pernerstorfer setzte dieser Tage erst auseinander, daß der Wille Oesterreichs nichts anderes sei, als ein mühsam mit allen Mitteln aufgezüchteter imperialistischer Wahn. Die Kriegsmacher in der Hofburg wüßten eben nichts besseres zu tun, als die zerrissenen, unter unglücklichen Verhältnissen leidenden Völker der österreichisch-ungarischen Monarchie durch einen großen nationalen Rummel in die nötige Kriegslust hineinzutreiben — „für nichts und wider nichts!"

Nun hat sich ja wohl unter dem Eindruck der letzten Ereignisse in Oesterreich eine Stimmung herausgebildet, die eine so oberflächliche Darstellung ohne weiteres Lügen straft. Es ist nicht wahr, daß es eine nationale Gesinnung in Oesterreich überhaupt nicht gebe. Es gibt nicht nur eine nationale Gesinnung — es gibt auch einen nationalen Stolz. Und es gibt noch etwas weiteres: nämlich politisches Verständnis für Zukunftsnotwendigkeiten.

Und das ist nicht etwa die Frucht einer plötzlichen Erleuchtung. Es bedurfte wahrlich nicht erst der Herausforderungen Nikitas, um dieses Verständnis zu erzeugen. Das Geheimnis der österreichischen Politik liegt in dem Drang nach dem Osten, der verbunden ist mit dem Drang nach dem Meere. Das ist kein launenhafter Imperialismus, ist kein Krankheitszustand, den man scherzweise „Wassersucht" nennen könnte, ist kein von wenigen ehrgeizigen Politikern willkürlich erzeugter Eroberungstrieb. Was Oesterreich vor Augen sieht, ist die Gefahr, daß ihm die blaue Adria gesperrt werden könnte. Darum will es nicht die Festsetzung einer von Rußland beschützten slawischen Macht dulden, die den Schlüssel zum Adriatischen Meer sozusagen im Namen des Slawentums in Verwahrung nehmen würde. Das ist auch der Gedanke, der jetzt Oesterreich und Italien, trotz des inneren Widerstrebens der beiden Völker, zusammenführt. Aus Vernunftsgründen! Die Wiener „N. Freie Presse" drückt das folgendermaßen aus:

„Da Italien und Oesterreich-Ungarn in gleicher Weise an dem Gleichgewicht und der Freiheit des Adriatischen Meeres interessiert sind, da sie ein vitales Interesse an der Errichtung eines lebensfähigen albanesischen Staates haben, da es für die beiden adriatischen Großmächte eine Frage auf Leben und Tod ist, daß keine Militärmacht an der albanesischen Küste des Adriatischen und des nördlichen Jonischen Meeres sich festsetze und sich so des Schlüssels zur Adria bemächtige, da Oesterreich-Ungarn und Italien sich der Gefahr nicht aussetzen können, im Adriatischen Meere eingesperrt zu werden, müssen beide die sofortige Räumung Skutaris verlangen, mit welcher die Existenz Albaniens und folglich die Freiheit Italiens und Oesterreich-Ungarns im Adriatischen Meere zusammenhängt. In der Tat wäre es, wenn Montenegro in Skutari gelassen würde, nicht mehr möglich, Serbien aus Durazzo und Griechenland aus Südalbanien zu vertreiben. Es ist sehr bezeichnend, daß Serbien und Griechenland, sobald sie die Nachricht vom Falle Skutaris vernahmen, sich beeilten, neue albanesische Städte und Gebiete zu besetzen. In der Voraussicht, daß Montenegro in Skutari bleiben könnte, haben Serbien und Griechenland ihre Okkupationen auf albanesischem Gebiete ausgedehnt, um auch ihrerseits die Anerkennung der vollzogenen Tatsache an dem Tage anrufen zu können, an dem die Mächte sie einladen würden, die von der Botschafterkonferenz gezogenen albanesischen Grenzen zu respektieren. Ohne Gewaltanwendung wird Montenegro aus Skutari nicht hinausgehen. Wenn jedoch Montenegro nicht aus Skutari hinausginge, so würde die Schaffung des albanesischen Staates unmöglich, da Serbien und Griechenland dieselbe Behandlung wie Montenegro verlangen und das von ihnen besetzte albanesische Gebiet nicht verlassen werden, so daß Albanien dazu verurteilt wäre, das Schicksal Polens zu erleiden, zum ungeheuren Schaden für die vitalsten politischen Interessen Italiens und Oesterreich-Ungarns. Es kann daher gar kein Zweifel sein, daß Italien dem österreichisch-ungarischen Vorschlag zum bewaffneten Einschreiten beistimmen wird. Auch die Zustimmung Deutschlands ist sicher, da Deutschland seine volle Solidarität mit den beiden Verbündeten in allen Balkanfragen und adriatischen Fragen erklärt hat."

Diese Auseinandersetzung ist beweiskräftig genug. Hinzu kommt freilich jetzt der politische Zwang zum Handeln, den Graf Berchtold lange genug zu vermeiden trachtete und den herbeigeführt zu haben, das zweifelhafte Verdienst des von Rußland großgehätschelten Königs Nikolaus von Montenegro und seiner Helfershelfer ist. Was vom Reuterschen Bureau als Ergebnis der Himmelfahrtskonferenz aus London berichtet wird, läßt kaum einen anderen Schluß zu, als daß Rußland, wenn auch widerwillig genug, Oesterreich und Italien gewähren lassen und sich darauf beschränken will, im geeigneten Augenblick, das Schlimmste von seinem Schützling abzuwenden.

Neue Hoffnung auf Nachgiebigkeit Montenegros?

Das von ganz Europa mit fieberhafter Spannung erwartete Ergebnis der Himmelfahrtskonferenz der Botschaftervereinigung in London gibt der, freilich recht bedingten Hoffnung Raum, daß Montenegro am Ende doch noch nachgeben und Skutari räumen wird. Eine völlig bindende Zusage hat der Schlaukopf Nikita freilich nicht gegeben, ebensowenig hat er eine Frist angezeigt, bis zu der er die Räumung Skutaris vollziehen würde. Zögernd räumt er nur die Möglichkeit ein, daß ein Ausgleich geschaffen werden könne. Mit anderen Worten: er will Skutari nur unter der Voraussetzung bestimmter Gegenleistungen entweder an Küstengebiet oder — was noch verständlicher wäre — an Geld preisgeben. Oesterreich mag allerdings von solchen „Gegenleistungen" nichts mehr wissen, es hat auch Montenegro bereits ein Ultimatum wegen der sofortigen Räumung Stutaris gestellt; darum wird es voraussichtlich die ziemlich dehnbaren Zugeständnisse Montenegros als nicht genügende Erfüllung seiner Forderungen bezeichnen und entsprechend handeln. Rußland wird einem energischeren Vorgehen Oesterreichs gegen Montenegro nicht hinderlich sein, wünscht aber dringend die Beteiligung einer anderen Macht an der geplanten militärischen Aktion. Diese andere Macht ist bereis gefunden: Italien ist grundsätzlich bereit, Oesterreichs Vorgehen zu unterstützen. So werden wir also, wenn nicht neue Stimmungen eintreten, bald von Kämpfen zwischen Montenegrinern und Oesterreichern sowie Italienern hören.

*

Die Botschafter-Konferenz und ihre Ergebnisse.

London, 1. Mai. Die Botschafter sind 3 Uhr 30 Min. zur Konferenz im Auswärtigen Amt eingetroffen.

London, 1. Mai. Die Botschaftervereinigung war um 5 Uhr 50 Min. zu Ende. Der russische Botschafter verließ als erster, der österreichische als letzter die Konferenz.

London, 1. Mai. Eine Information des Reuterschen Bureaus besagt: Obwohl betreffs der dem montenegrinischen Delegierten Popowitsch anvertrauten Mission Stillschweigen bewahrt wird, glaubt man, daß die ihm telegraphierten Anweisungen derart sind, daß sie einen Ausgleich möglich machen. Als erheblicher Fortschritt wird der Umstand betrachtet, daß Montenegro selbst seine Bereitschaft durchblicken läßt, Skutari zu verlassen, und daß die heute vormittag bei den Mächten eingegangene Antwort Montenegros in ihrer Form eine größere Mäßigung zeigt.

Wie das Reuterische Bureau weiter erfährt, hat Rußland Oesterreich-Ungarn eine neue Mitteilung gemacht, in der es seinen Entschluß wiederholt, auf der Räumung Skutaris durch Montenegro zu bestehen. Rußland hofft, daß, wenn eine Macht es für nötig halten sollte, neue Maßnahmen zu ergreifen, man sich bemühen werde, wenigstens eine andere Macht zur Teilnahme daran zu bewegen.

Italiens Haltung.

Rom, 1. Mai. Es gilt hier als sicher, daß, sobald Oesterreich gegen Montenegro mit Waffengewalt vorgeht, auch Italien geeignete Schritte ergreift. Und zwar heißt es, daß sofort mit der Landung italienischer Truppen an der südalbanischen Küste begonnen wird. Daß Italien erst mit Operationen beginnt, nachdem Oesterreich Schritte unternommen hat, erklärt sich einmal daraus, daß man hier eine Einzelaktion einer europäischen Macht vermeiden möchte. Der Hauptgrund dürfte aber der sein, daß Italien aus verständlichen Gründen nicht Montenegro direkt bekämpfen will.

Deutschlands Interesse an der Balkankrise.

Die „Kölnische Zeitung" berichtet anscheinend auf besondere offiziöse Information:

„Um das bißchen Skutari handelt es sich jetzt gar nicht, sondern um den Beweis, ob Oesterreich-Ungarn eine Vormacht auf dem Balkan bleiben solle oder nicht. Manche gute Freunde, die wir im Auslande haben, mögen denken, wieder einmal biete sich die Gelegenheit, um zuerst unseren Verbündeten und dann auch Deutschland auf die Knie niederzudrücken. Wir verfolgen keine unmittelbaren Ziele an der Adria, doch wenn das Wohl und Wehe des Bundesgenossen auf dem Spiele steht, so müssen wir ihm zur Seite treten. Eine Schwächung Oesterreich-Ungarns als eine seine Geschicke selbst bestimmende Großmacht, wäre auch eine Schwächung Deutschlands."

Thronrat in Wien.

Wien, 1. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Das „Neue Wiener Tageblatt" meldet durch eine Extraausgabe:

Der Kaiser hat zu morgen früh einen Thronrat der gemeinsamen Minister einberufen, an dem auch die beiden Ministerpräsidenten teilnehmen werden.

Heute vormittag hat der Kaiser den Minister des Auswärtigen Grafen Berchtold und den Generalstabschef Freiherrn Konrad von Hoetzendorf empfangen. Die Audienz währte drei Stunden.

Die Note der Mächte an die Türkei.

Konstantinopel, 1. Mai. Die Note der Mächte, die heute im Namen aller Botschafter durch den österreichisch-ungarischen Botschafter, Markgrafen v. Pallavicini, dem Minister des Aeußeren überreicht worden ist, enthält noch nicht die Bedingungen für den Präliminarfrieden. Sie ist sehr kurz und ersucht nur um sofortige Einstellung der Feindseligkeiten, um Bezeichnung der Friedensdelegierten und der Stadt, wo die Delegierten zusammentreten sollen, um die Friedenspräliminarien auf Grund von Bedingungen, die vorher von den Mächten festgestellt werden würden, zu unterzeichnen. Die Pforte wird ihre Antwort morgen übergeben.

Bulgarien bleibt neutral.

Wien, 1. Mai. Aus Sofia wird gemeldet:

Bulgarien steht auf dem Standpunkt, daß seine Interessen von der Skutarifrage nicht berührt werden. Es denke nicht daran, sich in den Streit Montenegros mit Oesterreich-Ungarn einzumischen. Soweit man hier unterrichtet ist, bestehe auch für Griechenland keinerlei Verpflichtung, Montenegro und eventuell Serbien in einem Kampf gegen Oesterreich zu unterstützen.

Die Serben bei Uesküb.

Saloniki, 1. Mai. Eine Anzahl Transportschiffe mit den von Durazzo zurückkehrenden serbischen Truppen ist hier eingetroffen. Die Truppen gehen so schnell als möglich nach Serbien ab, doch sollen einige Regimenter in Köprülü und Uesküb bleiben. Die Serben errichteten ringsum Uesküb Verschanzungen. Niemand darf Uesküb ohne Bewilligung der Behörden verlassen.

Eine Schlacht bei Valona?

Athen, 1. Mai. Wie aus Korfu gemeldet wird, ist dort der Donner eines lebhaften Geschützfeuers zu hören. Er kommt aus der Richtung von Valona. Es wird vermutet, daß die unter Djawid Pascha bei Valona stehenden türkischen Truppen die Stadt besetzt haben.

Politische Uebersicht

Fahrpreisermäßigung für französische Schüler auf deutschen Eisenbahnen.

Der preußische Eisenbahnminister hat, wie der „Ins." mitgeteilt wird, in einem Erlaß, der in diesen Tagen eigenartig berührt, französischen Schülern auf preußischen Eisenbahnen Fahrpreisermäßigungen gewährt. In Paris besteht unter dem Namen „le foyer à l'école" eine Unternehmung, die während der französischen Schulferien [illegible] französischer Schulen zu einem Schulganzen vereinigt [illegible] zur Vervollkommnung ihrer Kenntnis der lebenden Sprachen in das Ausland schickt, wo sie von den sie begleitenden Lehrern neben theoretischem Klassenunterricht Anschauungsunterricht in den Sitten, Gewohnheiten und Kulturerzeugnissen des Volkes erhalten, bei dem sie zu Gaste sind. Für diese Unternehmung waren Fahrpreisermäßigungen auf deutschen Bahnen beantragt worden. Nachdem der Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten die Unternehmung als eine Schule im Sinne der Bestimmungen des deutschen Eisenbahn-Personen- und Gepäcktarifs über Fahrpreisermäßigungen für Schulen bezeichnet hat, hat nunmehr der Eisenbahnminister den Königl. Eisenbahndirektionen mitgeteilt, daß bei gemeinschaftlichen, unter Leitung von Lehrern unternommenen Eisenbahnfahrten der Zöglinge des „foyer à l'école" kein Bedenken besteht, die tarifmäßigen Fahrpreisermäßigungen zu gewähren, wenn die übrigen Tarifvorschriften erfüllt sind. In dem Erlaß werden die Eisenbahndirektionen angewiesen, dafür zu sorgen, daß Anträge des „foyer à l'école" von den Dienststellen in entgegenkommender Weise behandelt werden.

Tagung des Landesrates von Deutsch-Südwestafrika.

Windhuk 30. April. (Kabelmeldung.) Bei Fortsetzung der erregten Debatte über die Besiedelung des Schutzgebietes griff der stellvertretende Gouverneur Dr. Hintrager wiederholt ein, um das System der Regierung bei Landverkäufen zu rechtfertigen. Dabei kam es zu der erfreulichen Feststellung, daß Gouvernement und Landesrat darüber einig sind, daß eine viel dichtere Besiedelung des Landes möglich ist, als früher allgemein angenommen wurde. Ueber den Weg zur Erzielung einer fortschreitenden Besiedelung gehen die Ansichten indes auseinander. Das Gouvernement stellte sich auf den Standpunkt, daß eine bestimmte Farmgröße festgelegt werden müsse und daß weitere Landzukäufe mit Rücksicht auf die noch ins Land kommenden Ansiedler nach Möglichkeit erschwert werden müßten, um die Bildung von Großgrundbesitz zu verhindern. Die Mehrheit der Landesratsmitglieder vertrat hingegen die Ansicht, daß eine dichtere Besiedelung und damit der Uebergang zu einer intensiveren Bewirtschaftung nur durch Erstarken der gegenwärtigen Betriebe möglich sei. Es sei nicht angängig, bei Ueberbestockung einer Farm brauchbares Nachbarland mit Rücksicht auf noch gar nicht vorhandene Ansiedler ungenützt liegen zu lassen.

Bei der folgenden Beratung des Etats für Wassererschließung führte der Landesrat bittere Klage, daß das Reichskolonialamt in dieser für die Zukunft der Kolonie so bedeutsamen Frage so wenig Entgegenkommen zeige. Nur durch Einstellung größerer Mittel in den Etat zwecks Verbilligung der Wassererschließung könne das Endziel einer dichteren Besiedelung des Landes erreicht werden. Es wurde lebhaft bedauert, daß man in Berlin über den in dieser Angelegenheit im Vorjahre vom Landesrate gefaßten Dringlichkeitsantrag zur Tagesordnung übergegangen sei. Zur Prüfung aller Fragen der weiteren Wassererschließung durch Bohrungen und Dammbauten wurde eine besondere Kommission eingesetzt.

Deutscher Bergarbeiter-Kongreß.

S. & H. **Hannover,** 30. April.

Zu Beginn der heutigen Sitzung wurde zunächst die Diskussion über den Pressebericht fortgesetzt. Es wurde hierzu ein Antrag Dahlhausen angenommen, eine vierseitige Beilage für die „Bergarbeiterzeitung" zu schaffen, die ausschließlich nur Berichte und Abhandlungen aus dem Gebiete der einschlägigen Gesetzgebung, des Berggewerbegerichts und des Knappschaftswesens bringen soll.

Hierauf erstattete Robert Witt-Bochum den Bericht über die Lohnbewegungen. Zu diesem Punkte lag der Tagung folgende Resolution vor, in der es u. a. heißt: „Die Dele-

SLUB Wir führen Wissen.